

Wien, 9. November.

(Finanzpolitiker des Deutschen Nationalverbandes zu den schwebenden Finanzfragen.)

Zahlreichen Aeußerungen deutscher Abgeordneter zu den schwebenden Finanzfragen aus Anlaß der Rede des Finanzministers Marek vor der Staatsschuldenkontrollkommission entnimmt die Zeitungskorrespondenz „Pol. Tagebücher“ folgende zusammenfassende Darstellung: Die Mitteilung des Finanzministers über die bevorstehende Begebung der fünften Kriegsanleihe hat bei den deutschen Abgeordneten insofern freundliche Aufnahme gefunden, als die Befriedigung des staatlichen Geldbedürfnisses während des Krieges durch Anleihen gewiß jeder andern Kreditoperation vorzuziehen ist, wenn schon nicht die Möglichkeit besteht, den durch den Krieg bedingten Aufwand ganz oder zum Teil aus erhöhten laufenden Einnahmen zu bestreiten. Der Beschluß der Staatsschuldenkontrollkommission, die fünfte Kriegsanleihe ebenfalls zu kontrahieren, wird als logische Folgerung ihres bei den früheren Kriegsanleihen eingenommenen Standpunktes betrachtet. Die sonstigen Ausführungen des Finanzministers haben einen günstigen Eindruck hinterlassen, insbesondere darum, weil auch der neue Chef der Finanzverwaltung sich zu seiner Aufgabe, für den Zinsdienst der Kriegsanleihen die Bedeckung zu schaffen, in vollem Umfang bekennt und die Stärkung und Erhaltung des Staatskredits als sein höchstes Ziel aufgestellt hat, so daß mit voller Zuversicht auf ein sehr günstiges Ergebnis der bevorstehenden fünften Kriegsanleihe gerechnet werden kann. Ueber die Wege, die zur Erhöhung der Staatseinnahmen führen, sind allerdings die Meinungen unter den deutschen Abgeordneten einigermaßen geteilt. Während einzelne Finanzpolitiker der Meinung des Finanzministers, daß Kriegszuschläge zu den bestehenden Steuern zwar nicht das idealste, aber doch derzeit ausschließliche Mittel darstellen, uneingeschränkt zustimmen, wird von andern die Inangriffnahme eines großzügigen Finanzprogramms gewünscht. Da der neue Finanzminister mit seinen Plänen noch nicht hervorgetreten ist, so lasse sich naturgemäß ein abschließendes Urteil nicht erwarten. Es wird jedoch von Fachleuten auf dem Gebiete der Finanzwissenschaften darauf verwiesen, daß die notwendige, gewaltige Steigerung unserer Staatseinkünfte nicht durch ein System zahlreicher, im einzelnen aber wenig ertragreicher Steuern zu erreichen sein wird, um so weniger, als der Ertrag der bestehenden indirekten Steuern nicht ins Ungemessene gesteigert werden kann, zumal ja die Steuerfäße für Bier und Branntwein und die Preise der Monopolartikel bei einer wenigstens vorläufig kaum mehr Steigerungsfähigen Grenze angelangt seien. Von vielen Seiten wird auch auf die unausbleiblichen volkswirtschaftlichen Folgen der Erschließung zahlreicher, aber wenig ergiebiger Steuerquellen hingewiesen, die bei der naturgemäß eintretenden Ueberwälzung auf den Konsum Teuerungsverhältnisse hervorrufen, die in gar keinem Verhältnisse zum Steuerertrage und zu den Steuerfäßen stehen. Einmütig sei man in der Anschauung, daß es nicht angehe, eine allzu ferne Zukunft mit den durch den Krieg bedingten Ausgaben zu belasten. Man neigt vielmehr dazu, nicht allein die finanziellen Maßnahmen auf die Deckung des Zinsenerfordernisses zu erstrecken, sondern auch auf die Beschaffung der Mittel für eine in verhältnismäßig kurzer Zeit durchzuführende Tilgung auszuweichen. Da der neue Finanzminister zu diesen Fragen, wie es ja in der Natur des Forums der

Staatsschuldenkontrollkommission gelegen ist, sich noch nicht geäußert habe, wird angenommen, daß er mit einem organisierten Finanzplan in Kürze vor die Öffentlichkeit treten werde, wofür sich allerdings ein Ausschuß des Abgeordnetenhauses am besten eignen würde. Da nach den Erklärungen anderer Kabinettsmitglieder bei der Regierung die Absicht bestehen müsse, die Volksvertretung ehestens wieder zur Arbeit im Interesse des Staates anzurufen, dürfte sich also auch dem Finanzminister bald die Gelegenheit bieten, sich darüber zu äußern, wie er sich die künftige Gestaltung der österreichischen Finanzen vorstellt.